

FDP Stadtverordnetenfraktion · Anton-Schmitt-Str. 10 · 36039 Fulda  
Stadt Fulda - Stadtverordnetenvorsteherin  
Frau Margarete Hartmann  
Schlossstr. 1  
36037 Fulda

per E-Mail

## Antrag

Fulda, 10. Juni 2019

**Freie Demokratische Partei**  
Stadtverordnetenfraktion Fulda  
Anton-Schmitt-Str. 10  
36039 Fulda

T: 0170 810 3173  
F: 03222 377 87 21

michael.grosch@fdp-fulda.de  
www.fdp-fulda.de

**Michael Grosch**  
Fraktionsvorsitzender

Sparkasse Fulda  
IBAN: DE14 5305 0180  
0000 0531 12  
BIC: HELADEF1FDS

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,  
die FDP-Stadtverordnetenfraktion Fulda beantragt:

Die Stadt Fulda beschafft Pedelecs für den Ordnungsdienst der Stadt Fulda und setzt diese für das Personal angemessen ein.

### Begründung:

Die elektrisch unterstützten Fahrräder ermöglichen dem Ordnungsdienst weitere Strecken zurückzulegen und gerade auch im Bereich Aue-Weiher die Kontrollen durchzuführen. Gerade im Sommer können diese gut eingesetzt werden und die Streifenfahrten mit dem PKW können reduziert werden.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Grosch  
Fraktionsvorsitzender

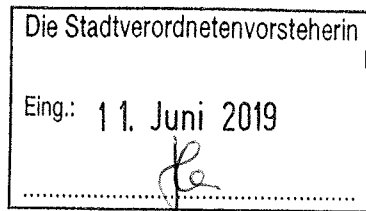
# **DIE LINKE. Offene Liste / Menschen für Fulda**

Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Fulda

Fraktionsvorsitzende Karin Masche

[karin.masche@fulda-vogelsberg.de](mailto:karin.masche@fulda-vogelsberg.de)

Internet: <http://www.stadtfraktion.fuldawiki.de>



36037 Fulda  
Schlossstraße 5

An  
Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
Margarete Hartmann

Fulda, 10. Juni 2019

## **Antrag**

### **Teilhabe der Stadt Fulda an Maßnahmen der Hessischen Wohnungspolitik**

Kürzlich wurde vom Hessischen Ministerium Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen eine Ausweitung der Hessischen Verordnung zur Mietpreisbremse angekündigt.

Weiterhin wurde eine Initiative angekündigt, dass die Nassauische Heimstätte | Wohnstadt, die Wohnungsbaugesellschaft im Eigentum des Landes Hessen, finanziell gestärkt, 15.000 zusätzliche Wohnungen gebaut werden sollen, sowie ein Programm aufgelegt wird, nachdem aus der Mietpreisbindung gelaufene Wohnungen weiterhin der Bindung unterliegen.

Verzichtet die Stadt Fulda auf die Ausweisung als Gebiet mit erhöhtem Wohnungsbedarf könnten zukünftig auch zusätzliche Zuschüsse zu erwartender Programme verloren gehen.

#### **Beschluss:**

„Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, unverzüglich einen Antrag auf Feststellung der Stadt Fulda als „Gebiet mit erhöhtem Wohnungsbedarf“ zu beschließen und beim Land Hessen einzureichen.“

*Karin Masche*

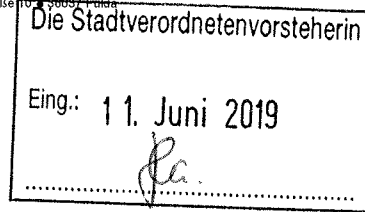
# DIE LINKE. Offene Liste / Menschen für Fulda

Die Linke. Offene Liste / Menschen für Fulda  
Stadtfraktion Fulda  
Schlossstraße 5  
36037 Fulda

Ute Riebold  
Heinrichstraße 10  
36037 Fulda  
ute@riebold.eu

Die Linke. Offene Liste / Menschen für Fulda • Stadtfraktion • Ute Riebold • Heinrichstraße 10 • 36037 Fulda

Frau  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Margarete Hartmann  
Stadtschloss  
Schlossstraße 1  
36037 Fulda



11.06.2019

**Antrag**  
**SVV 24.06.2019**

## **Umleitung des Fußverkehrs beschildern**

Die Fraktion Die Linke. Offene Liste / Menschen für Fulda beantragt:

Bei den Fußverkehr betreffenden Wegesperrungen wird schon im Umkreis mit Schildern auf die notwendige Umwegung hingewiesen. Zudem wird in den Medien deutlich kommuniziert, wann eine Vollsperrung erfolgt, wie lange sie anhält und wo barrierefreie Alternativ-Wege entlangführen.

### Begründung:

Bei Straßensperrungen infolge von Kulturveranstaltungen u. ä. wird bisher lediglich der von den Maßnahmen beeinträchtigte Autoverkehr mit Informationen (Beschilderung, Veröffentlichungen) versorgt. Fußgänger\*innen hingegen erfahren oft erst direkt an der Sperrung, dass sie nicht weiter kommen. Diese vermeidbaren Umwege sind insbesondere für mobilitätseingeschränkte Menschen sehr beschwerlich.

  
Ute Riebold

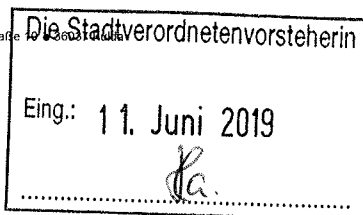
# DIE LINKE. Offene Liste / Menschen für Fulda

Die Linke. Offene Liste / Menschen für Fulda  
Stadtfraktion Fulda  
Schlossstraße 5  
36037 Fulda

Ute Riebold  
Heinrichstraße 10  
36037 Fulda  
ute@riebold.eu

Die Linke. Offene Liste / Menschen für Fulda • Stadtfraktion • Ute Riebold • Heinrichstraße 10 36037 Fulda

Frau  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Margarete Hartmann  
Stadtschloss  
Schlossstraße 1  
36037 Fulda



11.06.2019

## Antrag SVV 24.06.2019

### Post von Bürger\*innen bitte beantworten

Die Fraktion Die Linke. Offene Liste / Menschen für Fulda beantragt:

Post (Briefpost, E-Mails ...) von Bürger\*innen möge bitte beantwortet werden. Insbesondere soll die Abwägung von Hinweisen und Stellungnahmen im Rahmen von Bürgerbeteiligungsverfahren auch den betreffenden Bürger\*innen zeitnah zur Kenntnis gegeben werden.

#### Begründung:

Bisher wird beispielsweise den Menschen, die sich in Beteiligungsverfahren äußern, oft nicht geantwortet. So erfahren in der Regel die Bürger\*innen nicht, wie ihre Hinweise und Stellungnahmen im Rahmen der Offenlegung von Bebauungsplänen abgewogen wurden.

  
Ute Riebold



Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 11. Juni 2019

SPD – Stadtverordnetenfraktion Fulda · Schloßstrasse 5 · 36037 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
Margarete Hartmann  
Stadtschloß  
36010 F U L D A

Schloßstraße 5  
36037 Fulda  
Tel.: 0661/73600  
Fax 0661/9016314  
Mail: spd-fraktion.fulda@t-online.de  
11.06.2019

## ANTRAG

Die SPD-Stadtverordnetenfraktion beantragt,

der Vorstand der Klinikum Fulda gAG erläutert einmal jährlich die Situation des Klinikums im Haupt- und Finanzausschuss.

### Begründung:

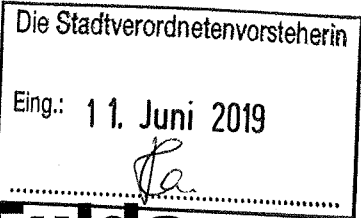
Die Stadt Fulda ist 100%-ige Anteilseignerin am Klinikum. Damit alle Fraktionen über die Situation des Klinikums informiert sind, soll eine regelmäßige Information im HFA erfolgen.

Jonathan Wulff  
Fraktionsvorsitzender

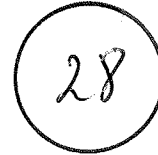
Berichterstatteerin:  
Edith Bing

# Stadtverordnete der REP Fraktion Stadt Fulda

von 1994 bis 31.12.2017 Die Republikaner



Frau  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Margarete Hartmann  
Stadtschloß  
D-36037 FULDA



## Resolutions-Antrag I (Lfd. Nr. 19/ 2019)

**Bez.:** 4. SVV-Sitzung des Jahre 2019 am Montag, den 24. Juni

**Betr.:** Straßenausbaubeiträge: hier der Rechtsschutzgedanke des § 11a Abs. 6 u. 7 KAG<sup>4</sup>,

**Sachverhalt:** Am 27. März 2019 ließ die CDU in Osthessen News und in verschiedenen anderen Regional-Blättern verkünden, daß sie die CDU die einmaligen und wiederkehrenden Straßenausbaubeiträge abschaffen wolle. Dieser politischer Wille wurde von allen Fraktionen des Stadtparlamentes erfreut zur Kenntnis genommen bzw. von unserer Fraktion ausdrücklich begrüßt.

Fraglich ist jedoch, was machen wir mit den Bürgern, welche bis zum 31.12.2019 den alten Beitrag im Durchschnitt 4 TSD €, so Stadtbaurat, im einzelnen aber bis fast 100.000,- € die letzten Jahre bezahlt haben? Hier könnte der Rechtsschutzgedanke des § 11 a VI u. VII KAG ins Spiel kommen. Hiernach war es so, daß wenn von einmaligen Beiträgen auf wiederkehrende Beiträge umgestellt wird (VI S.2) die gerade Erschließungsbeiträge geleisteten Eigentümer für einen Zeitraum von bis zu 25 Jahren nicht mehr beitragspflichtig werden.

Sofern der Magistrat der Stadt Fulda diesen Schutzgedanken für die bezahlt habenden Grundstückseigentümer weder direkt noch analog anwenden kann stellen wir hiermit einen Antrag auf einen Resolutionsentwurf seitens des Fuldarer Stadtparlaments an den hessischen Landtag, damit dort zeitnah eine Gesetzesanpassung erfolgen kann. Zusätzlich wird unsererseits dieser Resolutionsantrag an die beiden auch im Landtag befindlichen Kollegen Hering (CDU) und Frau Brümel (Grüne) weitergereicht.

**Fraktionsvorsitzender u. Stadtverordneter**

**Anton J. Rummel**

**Fulda, den 11.06.2019/ 13.17 Uhr**

<sup>4</sup> Hess. Gesetz über kommunale Abgaben (KAG) zuletzt geändert: 7.06.20218  
GVBl. 2013 S. 134 vom 19.04.2013